

Die **tz** stellt sechs aktuelle Gerichtsfälle vor

Darüber streitet die Stadt



Fall 1



Patent-Antrag: Das Oktoberfest soll als Marke geschützt werden

Das Oktoberfest ist eine Marke von Weltruf, doch rechtlich geschützt ist es nicht. Die Stadt will dies nun ändern. Über eine Münchner Anwaltskanzlei wurde beim Deutschen Patentamt die Marke Oktoberfest angemeldet. „Ziel ist es, den guten Namen des Oktoberfests als einmalige und ursprünglich Münchner Veranstaltung zu schützen“, erklärt Wolfgang Nickl, Sprecher des Wirtschaftsreferats. Die Stadt benötige ein Instrument, mit dem sich die Nutzung des

Schlagworts „Oktoberfest“ durch Dritte steuern und Missbrauch verhindern lasse. Parallel dazu wurde eine Anmeldung beim Europäischen Amt für geistiges Eigentum in Alicante gestellt. Bekanntermaßen gibt es weltweit Nachahmungen des Oktoberfests, egal ob in China, Australien, Russland oder den USA. Die Stadt betreibe einen erheblichen – auch finanziellen – Aufwand für die Veranstaltung, sagt Nickl. „Gleichzeitig tun wir uns immer schwerer, durch die Kommerzi-

alisierung des Fests durch Dritte das Image unserer eigenen – Veranstaltung zu bestimmen.“ Sollte sich München die Wortmarke sichern können, hätte das weitreichende Folgen: Lebensmittel, Textilien, Druckerzeugnisse, Lederwaren oder Gaststätten könnten nur noch mit dem Wort Oktoberfest vermarktet werden, wenn man Lizenzgebühren an die Stadt zahlen würde. Bestimmte Schutzrechte am Oktoberfest gibt es bereits: Der Würstbräter und die

Zeltkonstruktionen sind patentiert oder als Gebrauchsmuster geschützt. Auch alle auf der Wiesen vertretenen Münchner Brauereien sind im Register des Patentamtes enthalten. Die Chancen für eine Schutzfähigkeit der Marke Oktoberfest sind indes gering. Gängige Meinung ist bisher, dass der Begriff zu allgemein gefasst ist. Mit einer Entscheidung des Patentamtes ist voraussichtlich nicht bis zum Beginn der diesjährigen Wiesen zu rechnen. K. VICK

Fall 2



In Oberschleißheim sind bereits Flieger stationiert F. MW

Dicke Luft wegen Fliegern

Die Stadt will gegen die Verlegung der Polizei-Hubschrauberstaffel nach Oberschleißheim klagen. Denn es wird zusätzlicher Lärm befürchtet, der sich unmittelbar auf die Bewohner auch des Hasenberges auswirken würde. Das Thema wird am Mittwoch im Stadtrat besprochen. In Oberschleißheim ist derzeit die Fliegerstaffel der Bundespolizei stationiert. Hinzu kommen sollen nun die Flieger der Landespolizei, um die Gefahrenabwehr zu verbessern. Die Staffel ist bisher im Erdinger Moos stationiert. Das Luftamt Südbayern erwartet nach der Zusammenlegung pro Jahr rund 6500 Flugbewegungen.

Fall 3



Sozialreferentin Dorothee Schiwy (SPD) Foto: Schlaf

Kampf gegen Wohn-Wahnsinn

Die Stadt macht Ernst im Kampf gegen die Zweckentfremdung. Wer seine gesamte Wohnung länger als acht Wochen im Jahr an Touristen vermietet, dem drohen saftige Strafen. 2017 hat die Stadt 92 Gerichtsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Dabei wurden Bußgeldbescheide von 851 000 Euro erlassen. Auch dem Portalbetreiber Airbnb wurde eine Strafe von 300 000 Euro angedroht, sollte das Unternehmen bei der Suche nach illegalen Mietangeboten nicht kooperieren.

Klage wegen Mietspiegels

Fall 4



Rudolf Stürzer streitet vor Gericht F. Jantz

Münchens Mietspiegel ist dem Zusammenschluss der Haus- und Grundbesitzer ein Dorn im Auge. Zuletzt hatte der Verein Haus und Grund geklagt, weil dieser die Offenlegung der Daten verlangte, die die Stadt zur Ermittlung des durchschnittlichen Mietpreises heranzieht. Denn der falle zu günstig aus, sagen die Hausbesitzer um ihren Chef Rudolf Stürzer. Eine

Entscheidung steht aus – zwischenzeitlich hat Haus und Grund Klage eingereicht, die sich gegen den Mietspiegel selbst richtet.

Ringeln mit den Griechen

Wegen der griechischen Schule in Berg am Laim ist ein Streit entbrannt. Die griechische Gemeinde will am Hachinger Bach eine Schule bauen. Sie hatte dazu das Areal im Jahr 2001 erworben, allerdings mit der Klausel, dass die Stadt es zurückfordern kann, sollte die Schule nicht innerhalb von zehn Jahren stehen. Die Frist ist längst

Fall 5



Der Rohbau steht – mehr nicht Foto: Haag

abgelaufen, eine Rückgabe dennoch nicht erfolgt. Die Stadt will eine Klage (noch) umgehen und setzt weiter auf Verhandlungen.

Fall 6



Die Werkleitung beim AWM ist unbesetzt Foto: dpa

Der Stunk um den Müll-Chef

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) hat eigentlich seit Sommer des Vorjahres eine neue Leiterin. Weil aber ein unterlegener Bewerber vor Gericht gezogen war und Fehler bei der Job-Vergabe angeprangert hatte, ist die Stelle bis heute nicht besetzt. Das Gericht gab dem Kläger Recht, die Stadt startete ein neues Verfahren. Auch aus diesem ging die Favoritin erneut als Siegerin hervor, nun hat der unterlegene Bewerber erneut Klage eingereicht. Eine Entscheidung des Gerichts steht aus, die siegreiche Bewerberin ist mittlerweile Werkleiterin in Fürstenfeldbruck...